

13.11.2023 - [Gesetzgebung](#)

Viel Gegenwind für Gesetzesvorhaben der Ampel-Koalition

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben am Donnerstag, 9.11.2023, erstmals über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur [Einführung einer Kindergrundsicherung](#) debattiert. Bereits im Vorfeld [gab es viel Kritik](#) von Fachverbänden an dem geplanten Gesetzesvorhaben. Auch von der Opposition gab es nun im Bundestag harte Worte: Silvia *Breher* (CDU/CSU) nannte das Gesetzesvorhaben „die umfassendste sozialpolitische Mogelpackung“. Heidi *Reichinnek* (Die Linke) betonte, dass eine Leistungserhöhung, Entbürokratisierung und keine Schlechterstellung nötig wären, um die Situation von Kindern zu verbessern – das leiste die Kindergrundsicherung so, wie sie geplant sei, aber nicht.

Kai *Whittaker* (CDU/CSU) monierte, dass Ministerin Paus das Problem nicht an der Wurzel packe: Statt einer Kindergrundsicherung brauche es „Jobs, Jobs, Jobs“ für die Eltern. Am besten würde die Kinderarmut bekämpft, wenn die Koalition dieses Gesetzesvorhaben sein lasse. Dem schloss sich seine Fraktionskollegin Dorothee *Bär* an und fragte: „Wie viele Experten-Stellungnahmen brauchen Sie denn noch, die dieses Gesetzesvorhaben in der Luft zerreißen?“. Die gesamte Debatte ist online auch als [Video-Aufzeichnung verfügbar](#).

Debatte war Beginn des parlamentarischen Verfahrens

Mit dem Gesetz sollen die bisherigen finanziellen Leistungen Kindergeld, Bürgergeld, Sozialhilfe, Kinderzuschlag und die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets für Kinder zusammengeführt werden. Dies soll vor allem durch verbesserte Zugänge zu den existenzsichernden Leistungen für Familien und zu Information und Beratung erreicht werden. Die Kindergrundsicherung soll **einfach und digital beantragbar** sein. Auch sollen automatisierte Datenabrufe genutzt werden. So will die Bundesregierung **bis zu 5,6 Millionen Kinder erreichen**, davon fast zwei Millionen Kinder, die derzeit Bürgergeld beziehen.

Im Anschluss der Beratung wurde der Gesetzentwurf in den federführenden Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

